

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/84

3. Mai 1974

Die Dinge auf den Kopf gestellt

Wie "Nagues Deutschland" den Fall Guillaume sieht

Von Egon Franke MdB  
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Seite 1 / 32 Zeilen

Die Gemeinschaft muß aktiv werden

Fünf-Punkte-Programm zur Stärkung EG-Europas

Von Wilhelm Dröschner MdL  
Präsident des Bundes der Sozialdemokratischen  
Parteien der Europäischen Gemeinschaft und Mitglied  
des SPD-Präsidiums

Seite 2 und 3 / 54 Zeilen

Die Zukunft Europas

Bemerkungen zum 25. Gründungstag des Europarates

Von Dr. Olaf Schwendke MdB  
Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates

Seite 4 und 5 / 66 Zeilen

Saarländer können aufatmen

Kanalisation der Saar eröffnet neue wirtschaftliche  
Perspektiven

Von Hans Georg Wagner  
Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes  
der SPD Saar

Seite 6 bis 8 / 127 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 438  
Presserhaus 1, Zimmer 817-224  
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg

Telefon: 22 80 37 - 10, 112 T. 1 Jan. 1974

Die Dinge auf den Kopf gestellt  
-----

Wie "Neues Deutschland" den Fall Guillaume sieht

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Bei der Auseinandersetzung im Fall Guillaume hat "Neues Deutschland" in einem Kommentar "Zur Agentenjagd in der BRD", wie es dort heißt, in geradezu grotesker Weise die Dinge auf den Kopf gestellt. Der Fall Guillaume ist für den ohnehin überaus schwierigen und ständigen Belastungen ausgesetzten Prozeß der Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ein harter Schlag. Das hat die Bundesregierung auch unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Wenn jetzt in diesem Zusammenhang in Ostberlin von "Hetze" gesprochen wird, die das Ziel verfolge, "das Klima zwischen der DDR und der BRD zu vergiften" und "die hoffnungsvollen Ansatzpunkte in der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu stören", so ist das ein starkes Stück.

Nachrichtendienstliche Tätigkeit hat etwas mit Mißtrauen zu tun. Wir wissen, daß das Mißtrauen noch immer ein beherrschendes Element in den deutsch-deutschen Beziehungen ist. Vertragspolitik kann und wird zu einem allmählichen Abbau des Mißtrauens beitragen. Vertragspolitik ist deshalb der einzig gangbare Weg, normalisieren - also auch von Mißtrauen entlasteten - Umgang zwischen den Staaten und damit im Ergebnis auch den Abbau von Schwierigkeiten, die für die Menschen entstanden sind, herbeizuführen. Vertragspolitik kann und wird - trotz bestehender Gegensätzlichkeiten in den Grundvorstellungen und Zielsetzungen - die negativen und oft auch gefährlichen Auswirkungen bestehender Gegensätzlichkeiten mildern.

Vertragspolitik kann aber nicht gegensätzliche Grundvorstellungen und Ziele beseitigen. Daraus - und das war von Anfang an klar - werden immer wieder neue Schwierigkeiten und Probleme resultieren. Daraus wird auch noch für lange Zeit Mißtrauen resultieren. Das Bewußtsein, daß Agenten der anderen Seite in großer Zahl und auch an "empfindlichen" Stellen bei uns tätig sind, ist dazu angetan, das Mißtrauen weiter zu verstärken. Wir werden also weiterhin gezwungen sein, sehr wachsam zu sein. Aber wir werden auch unbeirrt an dem Entspannungs- und Normalisierungsprozeß weiterarbeiten. Nicht zuletzt mit dem Ziel, Mißtrauen weiter abzubauen und normaler miteinander umzugehen.

(-/3.5.1974/bgy/pr)

+ + +

Die Gemeinschaft muß aktiv werden

Fünf-Punkte-Programm zur Stärkung EG-Europas

Von Wilhelm Drüscher

Präsident des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien  
der Europäischen Gemeinschaft und Mitglied des SPD-Präsidiums

Selbst Skeptiker hätten das noch vor wenigen Monaten nicht für möglich gehalten: daß die Europäische Gemeinschaft unmittelbar vor dem Europatag am 5. Mai in eine existentielle Gefahr geraten, daß ausgerechnet "Rom" die Basis der Gemeinschaft, die "Römischen Verträge", unterlaufen würde.

Gewiß: Die Europäische Gemeinschaft steht seit geraumer Zeit unter beträchtlichem Druck einiger Mitgliedsstaaten, praktisch schon seit der Mitte der 60er Jahre. Ursache der sich ständig wiederholenden Krise - die jüngste ist immer die schwierigste - war nicht zuletzt das Verhindern des Überganges entscheidender nationaler Befugnisse auf die Brüsseler Kommission, denn diese, selten eine einzelne Regierung, ist eine der treibenden Kräfte in Richtung auf eine wirklich umfassende Einigung in EG-Europa.

Italien ist an der jetzt auf die Spitze getriebenen Rückwärtsentwicklung in der Gemeinschaft nicht allein schuld. Die Italiener sind wirklich in einer schwierigen, fest ausweglosen Situation. Die von den Christlichen Demokraten geführte Regierung sieht sich nicht nur einem auf zehn Milliarden angewachsenen Zahlungsbilanzdefizit gegenüber, sondern auch einer Inflationsrate von 15 vH (Ein Thema, das die bundesdeutschen Christdemokraten gerne verschweigen oder wenigstens meiden.)

Wenn es richtig ist, daß EG-Europa nicht auseinanderbrechen darf, und dieser Meinung sind eigentlich alle entscheidenden politischen Kräfte in der Gemeinschaft und vor allem auch draußen in der Dritten Welt: dann muß die Gemeinschaft jetzt mehr tun, als nur den Rückschritt bedauern. Die Klegemauer hilft nicht weiter.

Die Staaten EG-Europas sind stark genug, den Italienern aus der handelspolitischen Sackgasse zu helfen. Sie werden diese Hilfe aber nur verantworten können, wenn über mehr gesprochen wird als nur über die

jüngsten Maßnahmen und das Loch in der Handelsbilanz. Wenn verhindert werden soll, daß sich dieses Spiel in bestimmten Abständen wiederholt, dann wird in der Gemeinschaft über mehr gesprochen und auch beschlossen werden müssen: Erstens über die Stabilitätspolitik, zweitens über die Harmonisierung der Steuerpolitik, drittens über die Währungspolitik, viertens über die Energiepolitik und fünftens über konkrete Maßnahmen, die geeignet sind, Problemen à la Italien rechtzeitig gegenzusteuern, was nur zu schaffen ist, wenn die supranationale Zuständigkeit der Brüsseler Kommission gestärkt und erweitert wird oder der Ministerrat der EG sich - ganz im Sinne der Überlegungen von Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel - nicht mehr länger als fast lupenreine Regierungskonferenz versteht, sondern als politisches Führungsorgan, solange die "Kommission" nicht als echte Exekutive und das Europäische Parlament nicht als volle Legislative wirken können.

Zum 5. Mai sind keine wohlklingenden Reden am Platz, sondern Besinnung in den Regierungen und den Parlamenten, aber auch bei den Bürgern der Staaten der Gemeinschaft. Denn es ist jetzt sehr deutlich geworden, wie richtig Willy Brandt lag, als er es die allererste Pflicht nannte, die Gemeinschaft der Neun jetzt zu konsolidieren, sie zu verteidigen, auch gegen Dummheit und Egoismus!

Die Stunde der Wahrheit und damit der Bewährung für alle, die guten europäischen Willens sind, kommt unausweichlich. Es gilt, sie zu bestehen!  
(-/3.5.1974/bgy/ee)

+ + +

## Die Zukunft Europas

### Bemerkungen zum 25. Gründungstag des Europarats

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats

Am Anfang der Zukunft Europas stand der Europarat. Unter dem Zeichen der blauen Fahne mit den zwölf Sternen wurden in Westeuropa Schlagbäume beseitigt, Freundschaften zwischen ehemaligen Kriegsgegnern geschlossen, erste Städte-Partnerschaften über bislang starre Grenzen hinaus geknüpft - wurde Demokratie zum europäischen Prinzip Hoffnung. Im Europarat vollzog sich nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft für den vor-maligen Aggressor Deutschland der Eintritt in die Gemeinschaft der freien Völker. Demokratie als parlamentarischer Lernprozeß war seit 1950 zunächst und für längere Zeit identisch mit der Arbeit deutscher Parlamentarier, Beamter und Diplomaten in den Gremien des Europarats.

Was bedeutet uns am 25. Jahrestag seiner Gründung - nach NATO-, EG- und UNO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik - noch der Europarat? Der breiten Öffentlichkeit ist seine Arbeit und Existenz unbekannt. Bei dem Stichwort "Europa" denkt man an Brüssel, die Kommission und den Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft, vielleicht noch an Straßburg als den Sitz auch des Parlaments der EG-Staaten; vor allem wird man dadurch an das Scheitern aller weiterreichenden europapolitischen Unions-Pläne schmerzlich erinnert. Dieses Unions-Europa der Neun steckt in einer tiefen Krise: Es scheiterte an dem Veto-Recht in seinem Ministerrat; und es mußte a priori scheitern als konstitutioneller Versuch, über die Vertreter seiner Regierungen, nicht seiner Völker-Abgeordneten, "von oben nach unten" Europa zu bauen!

Eine Krise des Europarats gibt es nicht.

Der Europarat ist konstitutionell nicht wie die EG auf eine Union hin angelegt, obschon politische Erwartungen in diese Richtung stets auch

durch seine Gremien gefördert wurden. So sehr er aufgrund besonderer bilateraler Verpflichtungen einzelner Mitgliedstaaten, beispielsweise Österreichs, realiter nicht zu etwas wie Vereinigten Staaten von Europa führen könnte, so wenig ist er lediglich Vorstadium zur Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Vielmehr ist der Europarat ein internationales parlamentarischer demokratisches Gremium sui generis, dessen eigene Arbeitsprinzipien und -methoden dem Ziel der "größeren Einheit zwischen seinen Mitgliedern zum Zweck der Wahrung und Verwirklichung der Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe sind, und zur Förderung ihres wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts" (Artikel I) dienen.

Daraus ergeben sich seine Möglichkeiten und Grenzen, die bislang weder voll genutzt noch realistisch gesehen wurden - darin liegt der Grund für das Dilemma des Europarats! Der Europarat als transnationales parlamentarischer Diskussions-, Problematikarungs- und Entscheidungsforum hat sich allerdings in seinen Aufgaben nicht hinreichend, bzw. entscheidend bestimmen lassen durch die politischen, wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Interessen und Bedürfnisse der mehr als 350 Millionen Menschen im Europa der 17 Staaten, artikuliert durch seine delegierten Abgeordneten; als europäische gemeinsame Vertretung gegenüber anderen Staaten (etwa der USA oder UdSSR) und anderen Staatenverbänden (Osteuropa); als qualifiziertes Kontrollorgan und kritisches Gegenüber zu internationalen Organisationen wie UNESCO, OECD, WHO, ILO usw.

In dem Umfang, wie diesen Aufgabenfeldern durch Europarats-Gremien schon adäquat entsprochen wurde, war seine Arbeit politisch relevant (wurden entsprechende Entschlüsse auch vom Ministerrat akzeptiert und von den nationalen Regierungen ratifiziert). Seine zukünftige Rolle, über deren Präzisierung die Beratende Versammlung des Europarats gegenwärtig wieder diskutiert, wird innerhalb dieses politischen, geographischen, historischen und moralischen (namentlich: Menschenrechtskonvention!) Wirkungsraums liegen müssen. Vor allem durch Sozial-, Kultur- und Konfliktbesetzungs- ("Friedens-") Politik hat der Europarat sich selbst in seiner Aufgabenstellung zu realisieren. Und aus diesen innereuropäisch problematisierten Politiken ergeben sich inhaltlich dann auch die Voraussetzungen für weitere co-systemare (in spe: Portugal, Finnland, Jugoslawien) und inter-systemare politische Kooperationen (Ostpolitik).

Nirgends anders als in der Versammlung des Europarats, dessen Funktion auch durch die Einrichtung eines zwischengeschalteten "Gemeinsamen Ausschusses" politisch wirkungsvoller als das EG-Parlament ist, wird dieses europäisch möglich. Für den Europarat stehen dessen entscheidende Aufgaben und die Bewährung nicht nur als Brückenkopf zur EG, sondern vor allem zur sektoralen und gegebenenfalls auch regionalen Kooperation mit Osteuropa in dieser Phase weltweiter Entspannungspolitik noch bevor.

(-/3.5.1974/ks/pr)

+ + +

Saarländer können aufatmen  
-----

Kanalisation der Saar eröffnet neue wirtschaftliche Perspektiven

Von Hans Georg Wagner

Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstands der SPD Saar

Auf den ersten Blick mag es so scheinen, als ob der Beschluß der Bundesregierung, statt des vielbesungenen Saar-Pfalz-Rhein-Kanals die Saar zur Mosel zu kanalisieren und durch flankierende Maßnahmen wirtschaftlichen Aufschwung für die Westpfalz und das östliche Saarland zu ermöglichen, nichts mit der Kommunalwahl am 5. Mai 1974 zu tun habe. Und doch besteht zwischen beiden Entscheidungen ein Zusammenhang.

In enger Kooperation zwischen der CDU-Landesregierung und der hier ansässigen Großindustrie wurde mehr als 13 Jahre lang stets die Forderung nach dem Saar-Pfalz-Rhein-Kanal erhoben, ohne daß sich Lösungsmöglichkeiten für die immer spürbarer werdende wirtschaftliche Krisensituation ergeben. Obwohl die CDU lange Zeit optimale Bedingungen für die Durchsetzung hatte, nämlich eine unter ihrer Führung stehende Bundesregierung (bis 1969) neben einer christdemokratischen Landesregierung, hat sie es nicht vermocht, konkrete Schritte zur aktiven Sanierung des Saarlandes einzuleiten. Auch heute noch ist diese enge Kooperation sichtbar, wenn man etwa die Aussagen der Industrie- und Handelskammer (IHK) des Saarlandes in ihrer Veröffentlichung "Verlierer und Gewinner des Strukturwandels" und das Schweigen der CDU-Landesregierung hierzu betrachtet.

In der "Saarländischen Wirtschaft" verdeutlicht die IHK ihre Meinung, daß dem durch die Gebietsreform geschaffenen Landkreis Neunkirchen, der sich allerdings nur unwesentlich vom früheren Kreis Ottweiler unterscheidet, ein weiterer wirtschaftlicher Rückgang ins Haus steht. Dies, obwohl bereits die Zahl der Industriebeschäftigten dort von 1961 mit 176 pro 1.000 Einwohner auf 116 im Jahre 1972 abgesunken ist. Ein Konzept, das wirksame Abhilfe zum jetzigen Zeitpunkt schafft, ist nicht in Sicht. Die IHK prognostiziert einen Rückgang auf 84 Industriebeschäftigte im Jahre 1985. Zwar hat die Landesregierung ein Schwerpunktprogramm für den Landkreis Neunkirchen entwickelt, in dem eine Anhebung der Industriebeschäftigten von 116 (1972) auf 150 je 1.000 Einwohner versprochen wurde. Nach dem Bericht der IHK werden allerdings bis 1985 weitere 5.145 Arbeitsplätze verloren gehen. Wie die Arbeitskammer des Saarlandes zu vermelden mußte, soll sich auch die Planungs-

gruppe beim Ministerpräsidenten mit ähnlichen pessimistischen Überlegungen beschäftigen.

Nun hat die Bundesregierung nach engagiertem Verhandeln des SPD-Landesvorsitzenden Friedel Läßle und des SPD-Bundestagsabg. Alwin Kulawig neben der Saar-Kanalisation, die im westlichen Saarland allein 200 ha Industrie- und Siedlungsfläche erbringt, abgesehen von der Abwendung der Hochwassergefahr und der Schaffung von Energie (von den acht vorgesehenen Stauwerken werden vier der Stromerzeugung dienen), die bereits erwähnten flankierenden Maßnahmen in einer Gesamthöhe von 790 Millionen DM für das Saarland-Westpfalz beschlossen. Ein guter Beschluß, der von SPD und FDP aufatmend und von der CDU kritisch aufgenommen wurde. Gerade diese flankierenden Maßnahmen werden dem bereits geschilderten Kreis Neunkirchen und dem ganzen östlichen Saarland zugutekommen. Es ist nicht die falsche Adresse, wenn wir Willy Brandt und seiner Regierung dafür danken. Die Menschen unseres Raumes, seit jeher dem politischen Schicksal der Grenzbevölkerung unterworfen, können aufatmen. Wenn schnell wirksame Hilfe geleistet wird, kann die hohe negative Wanderungsbilanz gestoppt werden. Dazu bedarf es aber einer umfassenden Landesentwicklungsplanung, die einerseits einmündet in regionale Entwicklungspläne und andererseits durch kommunale Entwicklungspläne konkretisiert werden müssen.

Die Sozialdemokraten sind sehr selbstbewußt in diese Kommunalwahlen gegangen. Aus der Erkenntnis heraus, daß Sachprobleme Priorität besitzen, daß alles getan werden muß, den Menschen ihr Land so attraktiv wie möglich zu gestalten, sind harte Auseinandersetzungen nicht in unnötigen Parteizwist eingemündet. So können die Sozialdemokraten auch in die Kommunalwahl gehen als eine in sich geschlossene Partei, die sich anschießt, kommunale Verantwortung zu übernehmen, um aus ihrem Erfolg den Anspruch zur Übernahme der Verantwortung auch der Landesregierung abzuleiten. Zielstrebige, den Arbeitnehmern dienende Politik hat zwangsläufig auch erfolgreiche Kommunalpolitik ergeben. Die CDU wird zusehends unruhig. Hätte sie bei der Gebietsreform, deren Notwendigkeit von den Sozialdemokraten selbstverständlich nie geleugnet, deren kleinkariertes Ergebnis aber abgelehnt wurde, noch erklärt, sie hätte "das Ohr am Volk" gehabt, so war sie gezwungen, als das Ergebnis der Gebietsreform der Bevölkerung so richtig bewußt wurde, den Ministerpräsidenten bis in die kleinsten Gemeinden zu schicken, um dem Volk wenigstens "im Ohr" zu liegen. Eine Vergrößerung des Landeskabinetts gehört ebenfalls in diese Strategie, ergab sich doch dadurch die Möglichkeit, noch mehr Minister ins Land zu schicken.

Trotz all dieser Anstrengungen kann bei der Bevölkerung nicht verschwiegen werden, daß sich die Landesentwicklung, auch mangels eines Landeswirtschafts-Entwicklungsplanes, nicht bessert, sondern im Gegenteil stetig weiter verschlechtert. Die Sozialdemokraten haben mit ihren kommunalpoliti-



schen Leitlinien und ihrem Regierungsprogramm für die Landtagswahl 1975 klare Alternativen gesetzt. Statt Pessimismus hat Optimismus Vorrang. Dieses Land, seine Kreise und seine Gemeinden haben eine Zukunft, wenn Engagement Chancen bekommt und Aktivitäten in Gang gesetzt werden.

Wie sich beim Beschluß der Bundesregierung zur Saar-Kanalisation bereits erwies, ist die enge Kooperation zwischen den Sozialdemokraten im Bund und im Land tatsächlich eine Möglichkeit, zu Erfolgen für die Saar zu kommen. Keiner beansprucht dabei Ausschließlichkeit. Nur verlangt diese notwendige Kooperation ein weitgehendes Ineinandergreifen der kommunalen Entscheidungen, sei es in den Gemeinden, sei es im Kreis, mit den Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene. Die Zusammenarbeit auf allen drei Ebenen ist Garant einer hoffnungsvolleren Zukunft unseres Landes.

Die Sozialdemokraten treten mit dem hohen Anspruch an, die Zukunft in Stadt und Land sozial zu gestalten. Dies wird kein einfaches Unterfangen. Es erfordert klare Konzepte und vor allem die Voranstellung der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung - der Arbeitnehmer und der von der Monopolisierung bedrohten kleinen und mittleren Unternehmen. Dazu kommt die Notwendigkeit einer zukunftsorientierten Gestaltung unserer baulichen Umwelt, sei es durch Sanierung, Modernisierung oder durch das Neuentstehen geordneter städtebaulicher Gebilde. Der heute so oft gebrauchte Begriff Lebensqualität hat für die saarländischen Sozialdemokraten den höchsten Rang. Dies schlägt sich in den programmatischen Festlegungen nieder. Gerade weil die Konzepte der SPD stimmen, können die Sozialdemokraten der Kommunalwahl gelassen entgegensehen. Gerade weil die Steigerung des Wahrwertes von so entscheidender Bedeutung für die Menschen, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist, werden die flankierenden Maßnahmen der Bundesregierung anerkannt und gewürdigt.

Die sichtbaren Leistungen der SPD in den Kommunen, die zielstrebige Arbeit auf Landesebene, die enge Kooperation mit der Bundesebene dürfen die Anerkennung der Bevölkerung erwarten. Der 5. Mai 1974 ist beileibe keine Testwahl für andere Wahlentscheidungen. Er ist aber aus den genannten Gründen auch nicht eine rein kommunale Entscheidung. Eine starke SPD in den Rathäusern verlangt eine starke SPD in den Kreistagen, sie verlangt gleichzeitig eine starke SPD bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr. Vor allem gilt es, den Arbeitnehmern die Angst um die Arbeitsplätze und den Familien die Angst um die Existenz zu nehmen. Und dazu ist der Beschluß der Bundesregierung unter Willy Brandt der richtige Weg. (-/3.5.1974/bgy/ka/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller